



STADTRAT

Aktennummer
Sitzung vom
Ressort

1 - 302
22. September 2016
Soziales

09. Interpellation Ralph Lehmann (FDP) – Soziale Dienste Nidau / Neue Anschlussgemeinden

Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation.

FDP (Ralph Lehmann)

Eingereicht am: 16. Juni 2016

Weitere Unterschriften: keine

I 113

Soziale Dienste Nidau / Neue Anschlussgemeinden

„Der Presse von heute (Bieler Tagblatt) konnte ich entnehmen, dass die Gemeinde Ligerz beabsichtigt, sich in Zukunft den Sozialen Diensten von Nidau anzuschliessen. Die Gemeindeversammlung von Ligerz hat dies so an der letzten Sitzung beschlossen.

Im Artikel steht weiter geschrieben: „Gemeinsam mit Twann-Tüscherz könne man auch ein Mitglied in die Sozialkommission portieren.“

Gemäss bestehendem Reglement der Sozialkommission sind vier Sitze fest für die Stadt Nidau reserviert (Der Ressortvorsteher von Amtes wegen und 3 Mitglieder) - 3 Sitze werden von den Anschlussgemeinden besetzt. Aktuell verfügt die Gemeinde Port über die 3 „auswärtigen“ Sitze.

Fragen:

- Wer (Gremium) hat den Beschluss gefasst, weitere Gemeinden aufzunehmen?*
- Wieso erfährt dies der Stadtrat erst aus einer Pressemitteilung?*
- Wurde die Gemeinde Port informiert, dass sie einen Sitz in der Kommission abgeben muss?*
- Ist vorgesehen, dass in Zukunft weitere Gemeinden angeschlossen werden?*

Antwort des Gemeinderates

Wer (Gremium) hat den Beschluss gefasst, weitere Gemeinden aufzunehmen?

Der Gemeinderat hat diesen Beschluss an seiner Sitzung vom 01.03.2016 gefasst. Die Anfrage erfolgte von Seiten der beiden Gemeinden Twann-Tüscherz und Ligerz, die aktuell beim Sozialdienst La Neuveville angeschlossen sind. Grund für die Anfrage war, dass der Sozialdienst La Neuveville signalisierte, dass er mittelfristig nicht in der Lage sei, einen zweisprachigen Sozialdienst sicherzustellen. Der Sozialdienst La Neuveville bestätigte diese Ausgangssituation.

Wieso erfährt dies der Stadtrat erst aus einer Pressemitteilung?

Der Gemeinderat ist daran interessiert, den Stadtrat über alle wesentlichen Geschäfte zu informieren. Dazu gehören auch neue vertragliche Zusammenarbeiten mit andern Gemeinden. Im Vortrag des Geschäftes wurde unter dem Absatz Information auf eine Medieninformation verzichtet, weil der Beschluss der Gemeindeversammlungen Ligerz und Twann-Tüscherz noch ausstand und Nidau dem Entscheid dieser Gemeindeversammlungen nicht zuvorkommen wollte. Dabei wurde zu wenig berücksichtigt, dass Gemeindeversammlungen öffentlich sind und dass durch den Verzicht auf eine Medienmitteilung auch der Stadtrat nicht informiert wird. (Medien sind heutzutage schnell - auch der Gemeinderat nahm vom Ergebnis der Gemeindeversammlung zuerst via Presse Kenntnis).

Wurde die Gemeinde Port informiert, dass sie einen Sitz in der Kommission abgeben muss?

Die Gemeinde Port wurde früh über mögliche Veränderungen vorinformiert und dann im März 2016 im Detail informiert. Es fand ein Gespräch statt, an dem die Stadtpräsidentin und der Gemeindepräsident, die Stadtverwalter, die Vorsteher des Ressort Soziales der Gemeinden Nidau und Port sowie die Abteilungsleiterin Soziale Dienste teilnahmen. Im Gespräch wurden die konkreten Auswirkungen in der Sozialkommission und bezüglich des Kostenberechnungsmodells vorgestellt und erläutert. Die zentralen Punkte wurden anschliessend schriftlich festgehalten und zugesandt.

Ist vorgesehen, dass in Zukunft weitere Gemeinden angeschlossen werden?

Der Gemeinderat hat eine Zusammenarbeit für die beiden Gemeinden Twann-Tüscherz und Ligerz beschlossen. Er fällte jedoch keinen grundsätzlichen Entscheid bezüglich der Zusammenarbeit mit weiteren Gemeinden im Bereich Soziale Dienste. Aktuell liegt eine offizielle Anfrage aus Ipsach vor bezüglich der Übertragung der Aufgaben der AHV-Zweigstelle. Von Seiten Ipsach ist noch nicht geklärt, welche der Gemeinden, die aktuell der AHV-Zweigstelle Ipsach angeschlossen sind, ebenfalls an einer Übertragung nach Nidau interessiert wären. Die Abteilung Soziale Dienste hat den Auftrag die Vorbereitungsarbeiten für eine Offerte zu Händen Gemeinderat der Stadt Nidau für die Anfrage der Gemeinde Ipsach auszuarbeiten. Die Gründe für eine allfällige interkommunale Zusammenarbeit wären einerseits die Stärkung von Region und Gemeinde durch die Sicherstellung von wichtigen Dienstleistungen für die Gemeindebevölkerung und andererseits eine effizientere Erbringung von Dienstleistungen dank Synergieeffekten.

Auch wenn die Anfragen als Anerkennung gegenüber den Leistungen der Stadtverwaltung gesehen werden, plant die Stadt Nidau von sich auch keine weiteren interkommunalen Zusammenarbeiten im Bereich der Sozialen Dienste.

2560 Nidau, 23. August 2016

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Die Stadtpräsidentin Der Stadtschreiber

Sandra Hess

Stephan Ochsenbein